



Regierungsratsbeschluss vom 10. Februar 2026

Nationalrat; Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie; 21.432 n Pa. Iv. Ryser. Grundlagen für ein CO2-Grenzausgleichssystem schaffen; Vernehmlassung

P251773

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N).

Begründung

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) schlägt Mechanismen (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) vor, die mit der EU kompatibel sind, beschränkt sie aber im Gegensatz zur EU auf Produkte der Zementindustrie. Damit soll diese Branche mit ihren materialinherrenten Treibhausgas-Emissionen vor Importen aus Drittländern (ausserhalb der EU) geschützt werden, die weniger strenge Anforderungen an die Treibhausgas-Emissionen der Branche stellen als die Schweiz bzw. die EU.

Dieser Massnahme stimmt der Regierungsrat grundsätzlich zu. Er beantragt die Einnahmen für internationale Klimafinanzierungen zu verwenden und schlägt dazu eine entsprechende Gesetzesanpassung vor.

